

Wie es kommen kann!

Ein deutscher Alptraum

Gerd Eisenbeiß, 26. Januar 2024

2040 wurde nach dem erfolgreichen Sturz der deutschen „Volksregierung“ eine Dokumentation der Ereignisse seit 2025 erarbeitet. Man wählte die Form, Meldungen chronologisch zusammenzustellen, die die Schritte beim Abbau der rechtsstaatlichen Demokratie dokumentieren; hier ein Auszug mit wesentlichen Etappen:

Berlin, 26. September 2025: Heute hat der Bundeswahlleiter das endgültige Bundestagswahlergebnis bekannt gegeben: Stärkste Partei wurde die „Allianz freier Deutscher“ (AFD) mit 37%, ihr folgten die CDU mit 18%, die GRÜNEN mit 13%, die SPD mit 12% und die Freien Wähler mit 7%. Unter den gescheiterten Parteien sind zu nennen die CSU, die nur in Bayern angetreten ist, die Bewegung Sarah Wagenknecht und die LINKE mit je 3,8% sowie einige Splitterparteien. Damit beansprucht die Allianz und ihr Kanzlerkandidat Hans G. Naaßen, mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden.

Berlin, 5. Oktober 2025: In den letzten Tagen haben sich alle Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sein werden, zu den verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten positioniert. Nachdem Herr Erlanger, der Vorsitzende der Freien Wähler, erklärt hatte, dass man zu Gesprächen mit Herrn Naaßen bereit sei, da man gemeinsam eine stabile Regierung bilden könne, äußerte auch Friedrich Mai, der CDU-Vorsitzende, seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Koalition der Größten, wenn seitens der Allianz der Fortbestand der Demokratie garantiert werde.

Berlin, 13. Dezember 2025: Gestern erklärten die Herren Naaßen und Erlanger, dass man sich einig sei, eine gemeinsame Regierung zu bilden, um dem Deutschen Volk endlich wieder eine nationale Regierung zu bieten. Man werde sich als „Volksregierung“ bezeichnen und handeln, Deutschland also den Deutschen zurück geben, wie es insbesondere Herr Gauland und Herr Erlanger schon seit Jahren gefordert hätten.

Berlin, 13. Januar 2026: Heute konnte nach langen Verhandlungen zur Personalliste und zum Regierungsprogramm die Volksregierung unter Kanzler Naaßen gebildet werden. Es besteht eine solide Mehrheit im Bundestag für die Wahl des Bundeskanzlers. Seitens des Bundespräsidialamtes hieß es trocken, der Bundespräsident werde den gewählten Kanzler auch ernennen, behalte sich aber vor, die Kabinettsliste kritisch auf Verfassungstreue der Kandidaten zu prüfen.

Berlin, 28. Februar 2026: Der Regierungssprecher teilte von der letzten Kabinettsitzung mit, man habe in großer Einigkeit beschlossen, eine Nationalgarde aufzustellen, die dem Bundeskanzler direkt unterstellt werde.

Hamburg, 1. März 2026: Recherchen der „Norddeutschen Zeitung“ und des ZDF behaupten, festgestellt zu haben, dass bei der Aufstellung der Nationalgarde auffällig viele junge Männer aus der AFD-Jugend sowie der Identitären Bewegung eingestellt würden.

Mainz, 5. März 2026: Das ZDF berichtet von Demonstrationen hunderttausender Bürger in vielen Städten gegen die neue Regierung und ihre Nationalgarde.

Berlin 12. März 2025: Die Regierung gibt bekannt, dass sie den Personalmangel an den deutschen Gerichten durch eine kräftige Aufstockung bekämpfen wolle; gleichzeitig seien „strukturierende Maßnahmen“ in der Organisation des Gerichtswesens vorgesehen, um unsinnig lange Verfahren zu vermeiden. Der Justizminister, ein Landwirt aus Bayern von den Freien Wählern, erklärt dazu: „Wenn eine Schuld für das intelligente Volk unzweifelhaft ist, sollten Gerichte kürzeren Prozess machen dürfen“. Wegen der bisherigen Überlastung älterer Richter werde er in kritischen Fällen Frühpensionierungen durchführen und engagierten jungen Juristen eine Chance geben.

Berlin, 2. Mai 2026: In der lange erwarteten Bundestagsrede hat sich Bundeskanzler Naaßen erstmals seit der Wahl an die Menschen mit nicht-deutscher Identität gewandt und sie gebeten, ihren Heimat- und Herkunftsländern bei deren Entwicklung zu helfen. Deutschland werde seine beträchtliche Entwicklungshilfe auf die humanitäre Unterstützung bei der Übersiedlung konzentrieren. Es sei für alle in Deutschland wichtig, dass man sich zuhause fühle und unter Gleichgesinnten, wobei kulturelle und religiöse Geborgenheit ein wichtiges Menschenrecht sei. Er werbe für Verständnis, dass auch das Deutsche Volk lange genug Gastgeber, ja großzügiger Gastgeber, gewesen sei. Wenn dieses Kapitel nun abgeschlossen werde, werde Deutschland sich bei finanziellen Rückreisekosten wiederum großzügig zeigen. Auch bat der Bundeskanzler um Verständnis, dass die Wohnungsengpässe Räumungen erforderlich machten, die natürlich nicht die deutschen Stammbewohner zu erleiden hätten. Es sei darüber hinaus wichtig, dass die Heimreisenden in ihren Ländern von der großen deutschen Kultur berichteten, die daselbst sicher als Vorbild begriffen werde. Schließlich stehe für die Volksregierung der Mensch im Mittelpunkt, dessen Recht auf Heimat er mit allem Nachdruck unterstütze.

Der Regierungssprecher kommentierte die Aussagen des Bundeskanzlers später mit einem trockenen „Versprochen - Gehalten“.

Nach Abschluss der Bundestagssitzung traf sich der Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten Geerd Wilders aus den Niederlanden und Viktor Orban aus Ungarn sowie Bundeskanzler Kickel aus Wien, um die ersten Schritte zur Auflösung der EU zu besprechen. Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen gab es bei diesem Gespräch heftige Kontroversen darüber, ob man der Russischen Föderation engere Kooperation anbieten solle, was der Niederländer strikt ablehnte.

Berlin, 6. Juni 2026: Die unsägliche Berichterstattung einiger Medien, insbesondere von ZDF und ARD, führte gestern zu ersten Festnahmen von Journalisten und Redakteuren wegen Verbreitung von Falschnachrichten zulasten des deutschen Volkes und seiner Volksregierung. Die „Norddeutsche Zeitung“ berichtet an diesem Tag auch von Geheimgesprächen darüber, wie man die ärgerliche Haltung der meisten Verfassungsrichter ändern könne, deren Urteile dem Volk zumeist unverständlich seien.

Stuttgart, 4. August 2026: Aus der Staatskanzlei, in der Frau Alice Weidel als Ministerpräsidentin regiert, sickerte eine Indiskretion durch, dass man dem Beispiel Frankreichs und anderer Demokratien folgen und einen vom Volk zu berufenden Staatsrat bilden könne, der nicht nur das Verfassungsgericht kontrollieren und im Interesse des Volkes korrigieren sondern auch den ungeliebten Präsidenten kaltstellen könne, bis man 2027 z.B. Herrn Erlanger ins Präsidentenamt wählen könne.

Karlsruhe, 6. August 2026: Trotz allgemeiner Urlaubszeit ist die Aufregung in der Stadt der Bundesgerichte besonders groß. Die Mitglieder der Senate äußern sich empört und in dieser Empörung keineswegs überparteilich. Auch in der Karlsruher Bevölkerung gärt es gefährlich. Auch die Parteivorsitzenden Friedrich Mai von der CDU, Klingbeil (SPD) und Lang (GRÜNE) ermahnten die Regierung in leidenschaftlichen Reden, die demokratische Verfassung nicht anzugreifen; dabei erinnerte man auch an das Widerstandsrecht, wenn solches geschehen sollte.

Karlsruhe 13. August 2026: Nach den heftigen Tiraden einiger Verfassungsrichter sowie Massendemonstrationen in der Karlsruher Innenstadt mit einigen demolierten Schaufenstern und gestürzten Polizeiwagen, hat die Bundesregierung die neue Nationalgarde nach Karlsruhe geschickt. Der von der Volksregierung eingesetzte Generalbundesanwalt, ein enger Weggefährte des Bundeskanzlers, hat die Strafermittlungen gegen die Mehrzahl der Verfassungsrichter an sich gezogen und dem kommandierenden General der Nationalgarde gestattet, den Karlsruher Oberbürgermeister festzusetzen.

Berlin 14. August 2026: Bundeskanzler und Justizminister erklären ihre unerschütterliche Entschlossenheit, das deutsche Volk und die demokratische Verfassung vor Subjekten zu schützen, die aufwiegeln und Gewalt provozieren. Man werde den deutschen Bundestag bitten, die Zusammensetzung der Karlsruher Gerichte zu überprüfen und Neuwahlen zu organisieren wo nötig.

Berlin 23. August 2026: Der Bundesjustizminister gibt das Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie bekannt, die besagt, dass Parteien, die sich nicht im ganzen Bundesgebiet zur Wahl gestellt haben, verfassungsgemäß keinen Anspruch auf Sitze im Deutschen Bundestag haben. Er habe dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Zecke, mitgeteilt, dass den illegalen Abgeordneten ab sofort der Zugang zum Reichstagsgebäude zu verwehren sei. Über die

Modalitäten der Räumung von Diensträumen gebe er dem Parlament großzügig Gestaltungsfreiheit.

Mainz, 30. August 2026: Heute räumte die Nationalgarde die Chefetage des ZDF, nachdem die Leitung des Senders wegen Volksaufwiegelung angeklagt worden war. Der Sender hatte am Vorabend über die Vorgänge im Bundestag berichtet und durch seinen Chefjuristen behauptet, es handle sich um einen Putsch der Regierung gegen die Demokratie, wie man es von Hitler in Erinnerung habe. Kanzler Naaßen stellte in einer Erklärung fest, niederträchtiger als die Redakteure könne man sich nicht am Deutschen Volk versündigen; er habe den eisernen Willen, von nun an Deutschland von solchem Gesindel zu reinigen.

London, 6. Dezember 2026: Die britische Presse berichtet von zunehmenden Flüchtlingszahlen aus Deutschland. Vielfach äußerten die Menschen Angst als Fluchtmotiv; man habe die vielen Racheschwüre noch im Ohr, die AFD-Funktionäre schon lange vor der Bundestagswahl gegen Demokraten geleistet hätten. Deutschland falle klar in den Geist von 1933 zurück. Manche fügten hinzu, dass auch Frankreich kein sicheres Fluchtland mehr sei, da die dortige Situation trotz Macron eindeutig in die gleiche Richtung ginge.

Berlin, 3. März 2027: Die deutsche Presse jubelt: endlich hat die „Volksregierung“ mit ihrer absoluten Mehrheit im Bundestag den von den Alliierten aufoktroierten Föderalismus optimiert, wie es der Sprecher der Bundesregierung nannte. Nicht, dass man die Länder abgeschafft hätte, nein, man hat nur das Durcheinander verschiedener Koalitionen in den Landeshauptstädten beendet. Die Landtage werden abgeschafft und die regionalen Regierungen werden von Gouverneuren geleitet, die das Vertrauen des ganzen Volkes haben, also vom Bundestag gewählt würden. So mache das große Ziel der „Volksregierung“ weitere Fortschritte in Richtung einheitlicher, streitfreier Entscheidungen, wie sie im Sinne der Volkseinheit sinnvoll sind. Besonderes Presselob erhielt die Volksregierung für die neue zentrale Schulpolitik; endlich sei Schluss damit, die deutsche Geschichte schlecht zu reden wegen einiger Fehler früherer Reichsregierungen. Auch sollten nun Schulbücher und Lehrpläne wieder auf ein normales gesundes Familienbild ausgerichtet werden, wo die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ihrer jeweiligen Natur und keiner künstlichen Gleichheit entspricht. Über Abweichungen von der natürlichen Sexualität sollte nicht unterrichtet werden; solche Fehlentwicklungen müssten ärztlich behandelt werden.

London, 10. März 2027: In der britischen Presse wird mit Abscheu berichtet, wie die deutsche Regierung die Medien nun endgültig ihrer Freiheit beraubt habe. Begonnen habe die Gleichschaltung, indem man in Geheimgesprächen die US-Milliardäre Musk, Thiel und Koch animiert habe, die deutschen Verlage aufzukaufen und „auf Linie“ zu bringen. In den Sendern habe man schon zuvor für Regierungstreue gesorgt. Der Bevölkerung sei erklärt worden, dass es im Sinne kostengünstiger faktengeprüfter Information sei, wenn nicht bei jedem

Bundesligaspiel dutzende Journalisten herumsäßen, sondern nur einer. Das sei erkennbar billiger; und so sähe es auch beim Rest der täglichen Informationsversorgung aus - schließlich habe man auch nur einen auf die Wahrheit vereidigten Regierungssprecher. Der Nutzen für die Bevölkerung werde unmittelbar ausgezahlt: Rundfunk- und Fernsehgebühren entfielen ab sofort. Und die nun von Herr Elon Musk kontrollierte Bildzeitung werde ebenfalls umsonst zu haben sein. Der Bundeskanzler ließ sich dazu wie folgt zitieren: „Es kann keine Demokratie bestehen, wenn das Volk keine zuverlässige, also geprüfte Fakteninformation erhält. Und dafür sorgt ab jetzt die frei gewählte Volksregierung.“

Moskau, 1. September 2027: Der viel beachtete erste Kanzlerbesuch in Moskau erbrachte, so der Regierungssprecher und dann auch die Schlagzeilen der Presse, einen spektakulären Abschluss über neue Gasverträge mit der russischen Föderation. Kanzler Naaßen wurde besonders dadurch geehrt, dass er in der Duma eine programmatische Rede an das russische Volk richten durfte. Er führte unter anderem aus, die Zeit sei vorbei, in der Deutschland die russischen Sicherheitsinteressen missachtet hätte. Die ur-russischen Städte Kiew und Lemberg seien hoffentlich bald wieder zuhause im heiligen Russland. Deutschlands natürliches Interesse sei ein gutes Verhältnis mit diesem Russland - das war historisch so und müsse es ab jetzt wieder sein. Selbstbewusst verwies Naaßen auf die industrielle Kompetenz Deutschlands, die sich mit dem Rohstoffreichtum Russlands inniglich verbinden müsse, um zu florieren. Der heutige Tag sei eine Zeitenwende, da Deutschland zu seinen natürlichen Freunden zurück kehre. Die Rede wurde mit stehenden Ovationen belohnt.

Brüssel, 10. Dezember 2027: Heute trat der EU-Rat möglicherweise zum letzten Mal zusammen. Deutschland, Österreich, die Niederlande, Ungarn und Italien hatten die Auflösung der EU beantragt. Da die skandinavischen Staaten unter dem Einfluss ihrer Rechtskoalitionen keinen Widerspruch einlegten, verblieben nur die Iberer sowie die von Russland bedrohten Osteuropäer und Balten. Frankreichs Präsident versuchte zwar, die Katastrophe (so seine Worte) zu verhindern, sah sich aber selbst in Frankreich einer breiten Mehrheit von Links und Rechts gegenüber, so dass sein Wort kaum mehr Gewicht hatte. Aus Amerika hatte Präsident Trump den Schritt zur Auflösung der EU begrüßt, ebenso der russische und der chinesische Präsident: die Rückkehr zur national-souveränen Staatenordnung sei überfällig und sichere den Weltfrieden.

Bad Neuenahr, 3. Februar 2028: Das Ahrtal ist gestern erneut dermaßen katastrophal im Dauerregen ertrunken, dass Menschenströme nach Bonn, Köln und Koblenz an den Rhein drängen. Fast 7 Jahre nach der ersten Überschwemmungskatastrophe verlieren die Menschen erneut ihr Hab und Gut und damit ihre Geduld. Amerikanische Wissenschaftler verweisen auf die weiter gestiegenen CO₂-Emissionen, die für solche Unglücke Ursache seien. Deutsche Wissenschaftler beteiligen sich nicht an einer solchen Ursachenzuschreibung, nachdem die

Volksregierung hat feststellen lassen, dass das Gerede von menschengemachter Erderwärmung frei erfundener Unsinn sei. Klimaforschung erhielt schon seit Anfang 2026 keine staatliche Unterstützung mehr, und eine Reihe von neu besetzten Staatsanwaltschaften verfolgte Journalisten und Wissenschaftler wegen leichtfertiger Verbreitung von unbewiesenen Vermutungen und Volksverhetzung.

Berlin, 10. Januar 2029: Die Jahresrückblicke der Volksregierung und unabhängiger Beobachter in Großbritannien konnten verschiedener nicht sein. Während Regierung und deutsche Medien über die wieder gefundene Stärke jubelten, analysierten Briten und Amerikaner schonungslos den Niedergang der deutschen Industrie und Kultur. Die massive fluchtartige Abwanderung von Deutschen (auch solchen ohne Migrationshintergrund), hat viele gesellschaftliche Bereiche der Funktionsfähigkeit beraubt. Darüber hinaus wurde eine allgegenwärtige Furcht spürbar, etwas zu sagen oder zu tun, was die immer konsequenter vorgehenden Staatsanwaltschaften und Polizei für Lüge oder undeutsche Unbotmäßigkeit hielten und verfolgten. Immer mehr unabhängige Beobachter diagnostizierten eine um hundert Jahre versetzte Wiederholung der deutschen Katastrophe von 1933 bis 45.

Den Haag, 2. April 2028: Die Niederländer haben die Nase voll. Die Wilders-Regierung ist abgewählt, der König hat sich an die Spitze einer demokratischen Revolution gestellt und das Volk hat nun wieder aufrechte Demokraten ins Parlament gewählt. In den ersten Verlautbarungen distanzierte sich der neue liberale Ministerpräsident auch von Deutschland und seiner Volksregierung. Er appellierte an die freie Welt, Deutschland zusammen mit Russland zu isolieren.

Brüssel, 2. November 2028: Der niederländische Schwenk zurück zu Demokratie und Kooperation hat vielleicht gerade noch rechtzeitig die formelle Auflösung der EU verhindert. Zwar blockierten weiterhin Deutschland, Österreich und Ungarn jeden Fortschritt gemeinsamer Politik, aber auch in Skandinavien hatten Konservative und Sozialdemokraten zu stabilen Mehrheiten gefunden und damit den Einfluss rechtsradikaler Parteien zurück gedrängt. Spanien und Portugal waren ohnehin auf europäischer Linie geblieben, weil auch dort Koalitionen der Mitte gebildet werden konnten. So besteht nun die EU mit ihren Institutionen weiter, allerdings weitgehend handlungsunfähig. Selbst in der deutschen Volksregierung gibt es einflussreiche Personen, die den wirtschaftlichen Niedergang Deutschland nicht durch Zollgrenzen zu den Nachbarn beschleunigen wollen.

Straßburg, 10. Februar 2029: Das machtlos dahin dümpelnde EU-Parlament hat nun in einer Resolution festgestellt, das schlimmste Opfer der derzeitigen politischen Situation sei der stagnierende Klimaschutz. Das treibe die Welt mittlerweile unaufhaltsam in Richtung 2° Erwärmung mit all den schrecklichen Folgen.

London, 10. 9. 2029: Die internationale Berichterstattung über den Bundestagswahlkampf in Deutschland kommentiert die radikale Einseitigkeit der

deutschen Medienlandschaft. So zeigten die öffentlichen und privaten TV-Kanäle jeden Tag den Bundeskanzler in attraktiven Situationen; stets könne er ein paar gewichtige Sätze in die Mikrophone sprechen, die seine Leistung, seine Kompetenz und die ärgerlich falschen Argumente der Opposition zum Gegenstand hätten. Friedrich Mai, dem aussichtsreichsten Gegenkandidaten, werde seine Zeit bei einem amerikanischen Investor als Beweis dafür vorgehalten, dass er ein Agent der Amerikaner sei; sein privater Luxus zeige zudem, dass er kein Repräsentant deutscher Tugenden von Demut und Bescheidenheit sei, sondern ein ausbeuterischer Protz.

Berlin, 20. November 2029: Das Wahlergebnis wird in fast allen deutschen Medien frenetisch gefeiert. Die mittlerweile mit den Freien Wählern fusionierte Allianz freier Deutscher hat mit 60% eine hohe absolute Mehrheit erreicht; zusammen mit den 6% der erstarkten Heimatpartei (früher NPD) reiche es zur Verfassungsänderungsmehrheit.

Berlin, 19. November 2033: Die termingerecht abgehaltene Bundestagswahl hat die Machtverhältnisse nur leicht zulasten der Allianz (55%) verschoben; auch ist die „Heimat“ an der 5-Hürde gescheitert. Wie in England und den skandinavischen Staaten erlebten die deutschen Sozialdemokraten einen Wiederaufstieg auf 22%, weil immer mehr Deutsche trotz des Propagandadrucks den Wert von nationaler und internationaler Solidarität und Kooperation erkannten. Zudem waren die internationalen und deutschen Katastrophen in Folge der Erderwärmung nicht länger zu ignorieren. Immerhin leugneten einige weibliche Minister nicht länger, dass es eine menschengemachte Erderwärmung gebe. Aber leider könne man da nichts machen.

New York, 4. Mai 2035: Überrascht nimmt die Weltöffentlichkeit zur Kenntnis, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen ein neues Gesicht zeigt. In vielen Weltgegenden ist die Welle der isolationistischen Regime gestoppt. In Afrika und Lateinamerika hat die Demokratie nicht nur überlebt, sondern manche Entwicklung aus den frühen 20er Jahren zurückgedreht. Die USA werden von einer farbigen Präsidentin regiert, Trump und einige ähnliche Monster in anderen Ländern sind in der Versenkung verschwunden, Indien ist unter einer nicht mehr hindu-nationalistischen Regierung weiter gewachsen, während China seinen Bevölkerungs- und Bedeutungsschwund nicht stoppen kann, solange es im Würgegriff der Xi-Nachfolger leidet. Der neue indonesische UN-Generalsekretär gibt der wiedergewonnenen freiheitlichen Richtung ein überzeugendes Gesicht und laute Stimme; unmissverständlich spricht er aus, dass nur demokratische Ländern den Geboten der Menschenrechtskonvention von 1948 entsprechen. Dass bei seiner Rede nur der russische und der deutsche Botschafter den Saal verließen, macht der Welt Hoffnung.

München, im Sommer 2039: Die Münchner haben die Nase voll. Unter Führung von früheren CSU-Politikern fand eine Massenkundgebung für Demokratie und

gegen die sog. Volksregierung statt. Die vom bayrischen Gouverneur gerufene Polizei verweigerte den Einsatz gegen die protestierende Bevölkerung. Als bekannt wurde, dass der Gouverneur in Berlin um den Einsatz der Nationalgarde gebeten hatte, stürmten die Menschen den Sitz der Regionalregierung. Diese Vorgänge fanden schnelle Nachahmung in den fränkischen Städten von Würzburg bis Nürnberg und bald auch in Freiburg, Karlsruhe, Hannover, Bremen und schließlich in Berlin. Der Einsatz der Polizei und an einigen Stellen auch der Nationalgarde empörte auch die Bevölkerung am Rhein. Deutschland probte den Aufstand, den die Regierung auch im Herbst nicht unter Kontrolle bringen konnte.

Berlin, 25. 12. 2039: Die Weihnachtsansprache von Bundespräsident Björn Zecke war an Kompromisslosigkeit nicht zu überbieten. Der deutsche Mann müsse sich bewaffnen und den demonstrierenden Terroristen entgentreten; Treue sei seine Ehre. Da dürfe es kein Zögern und keine Gnade gegenüber dem Pöbel geben, bis Deutschland wieder rein sein. Er selbst werde bewaffnet durch Berlin gehen und an der Spitze der Nationalgarde für Ordnung sorgen.

Berlin, 10. Januar 2040: Gestern hat sich eine Gruppe von Bundeswehroffizieren mit ihren Truppen dem Bundespräsidenten und der Nationalgarde entgegengestellt. Bevor es zum Kampf kam, hat der Bundeskanzler die Führung der Bundeswehr zum Eingreifen und zur Verhaftung der aufständischen Soldaten befohlen. Der Generalinspekteur und die Mehrzahl der Generäle wiesen diesen Befehl als außerhalb ihrer Dienstverpflichtung zurück. Als dies bekannt wurde, verließen tausende Soldaten und Offiziere ihre Bundeswehrcasernen, um an der Seite der Bevölkerung zu stehen.

Karlsruhe, 12. Januar 2040: Bundeswehroffiziere haben den Generalbundesanwalt in seinem Büro festgenommen, als dieser vor den demonstrierenden Bürgern fliehen wollte. Diese Nachricht zündete den entscheidenden Schritt der Bundeswehr-Generalität, auch die sog. „Volksregierung“ sowie die Abgeordneten der Koalition festzusetzen. Die Leitung der Bundeswehr bekannte sich in einer international verbreiteten Erklärung dazu, mit diesem Putsch die von der Koalition beseitigte Ordnung des Grundgesetzes in der Form von vor 2025 wieder in Kraft zu setzen. Man werde die Souveränität mittels eines Expertenkabinetts nur so kurz ausüben, wie zur Vorbereitung freier Wahlen zum Bundestag und den wieder einzusetzenden Landesparlamenten notwendig sei. Die Mitglieder der Bundesregierung sowie einige Funktionsträger der undemokratischen Unterdrückung Deutschlands blieben unter Aufsicht in ihren privaten Häusern bei ihren Familien, bis eine neu gebildete demokratische Regierung mit gereinigter Justiz in der Lage sei, sie ordnungsgemäß vor Gericht zu stellen. Die Nationalgarde sei mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

New York, London, Madrid, 13. Januar 2040. Meldung der Medien:

DEUTSCHLAND KEHRT ZUR DEMOKRATIE ZURÜCK.
WANN FOLGT RUSSLAND?